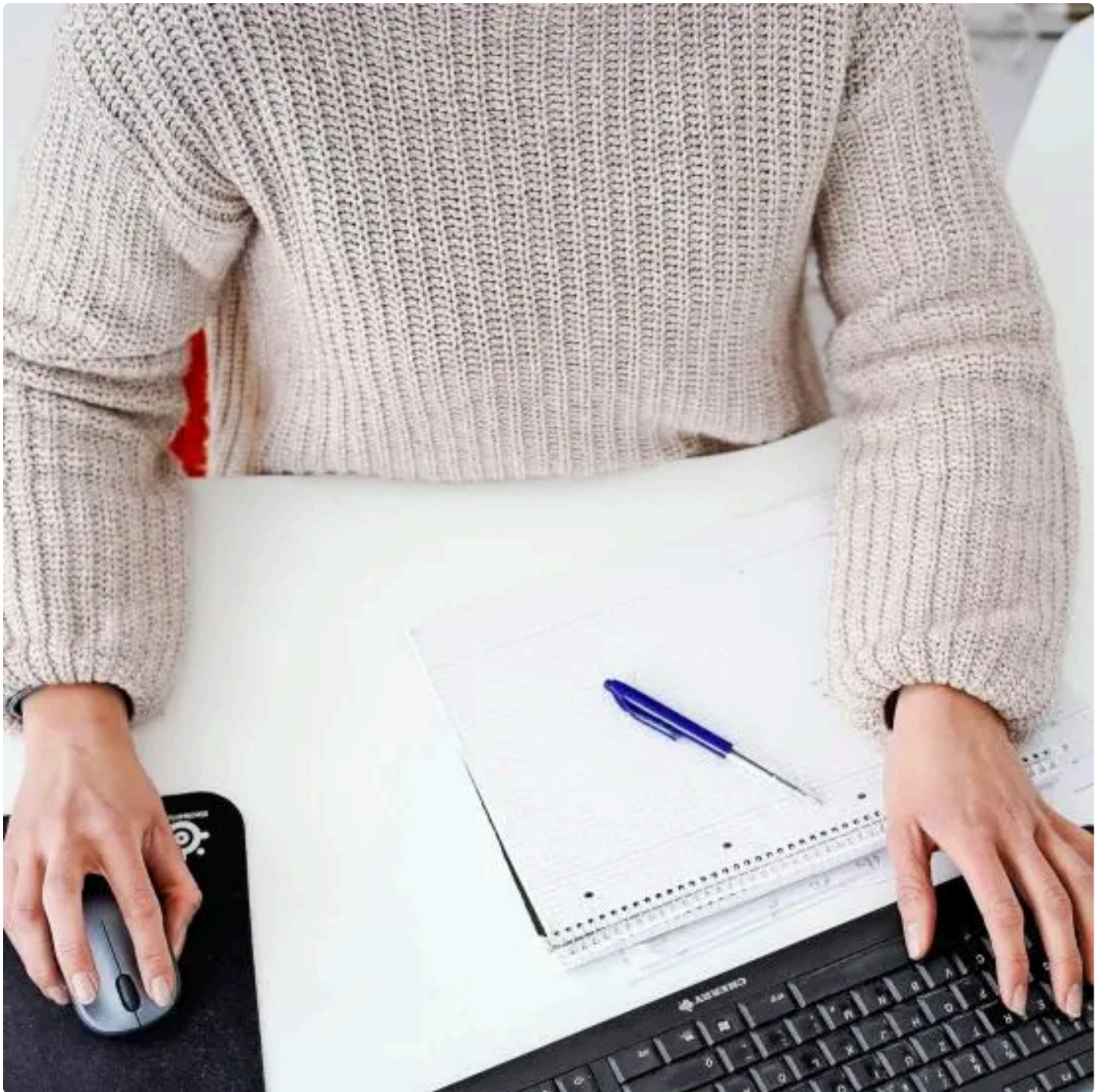


EU erleichtert das Gründen einer Firma



Einigung auf einheitliche Regeln für alle 27 Staaten

vor 9 Stunden

 Artikel anhören

Brüssel.

Die EU-Staaten haben sich auf eine neue EU-weite Unternehmensform geeinigt. Wer sich für die sogenannte EU Inc. entscheidet, kann das Unternehmen innerhalb von zwei

Tagen online für eine Gebühr von höchstens 100 Euro registrieren und im gesamten Binnenmarkt tätig sein.

Umstritten ist, welche Rechte Mitarbeitende einer EU Inc. künftig für die Beteiligung in Betriebsräten haben, wenn das Unternehmen in mehreren EU-Staaten aktiv ist.

Europäische Gewerkschaften sehen es kritisch, wenn Unternehmen bewusst entscheiden könnten, sich dort zu registrieren, wo Arbeitsschutzstandards niedrig sind.

Die Einigung der Staaten sieht vor, dass grundsätzlich wie von der EU-Kommission vorgeschlagen die Regeln des Staats greifen, in dem das Unternehmen registriert ist. Wenn das Unternehmen auch in einem anderen EU-Staat aktiv ist und dort bestimmte Grenzwerte zur Beteiligung der Mitarbeitenden überschritten werden, soll der Staat Möglichkeiten bekommen, um die Einhaltung sicherzustellen.

Die Staaten unterstützen zudem Aktienoptionsprogramme für die Beschäftigten, „um Talente zu gewinnen und zu binden“ – allerdings nur für „kleine mittelständische Unternehmen“ mit bis zu 750 Mitarbeitenden und einem Jahresumsatz nicht über 150 Millionen Euro.

Solche Aktienoptionen geben Mitarbeitern das Recht, später Anteile am Unternehmen zu einem vorab festgelegten Preis zu kaufen. Junge Firmen setzen sie teilweise ein, um auszugleichen, dass sie im Vergleich zu etablierten Betrieben weniger Gehalt zahlen. Hintergrund der Pläne ist der Wunsch, Europas Wirtschaft und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.